

Pressemitteilung:

Ulrich Caspar: Neuer Stadtteil im Frankfurter Nordwesten ist ein Gewinn für Frankfurt – Einpendlerstadt Frankfurt braucht mehr Wohnraum

Ulrich Caspar (CDU), Landtagsabgeordneter im Frankfurter Nordwesten und Wohnungs- und Verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion im Hessischen Landtag, unterstützt die Entwicklung eines neuen Stadtteils im seinem Wahlkreis, dem Frankfurter Nordwesten, die der Magistrat und der Frankfurter Planungsdezernent Mike Josef auf den Weg gebracht habe. Für diesen energischen Schritt müsse man der Koalition in Frankfurt ausdrücklich danken. Eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik, insbesondere durch Stadtrat Markus Frank, habe in den letzten Jahren die Schaffung von zehntausenden von neuen Arbeitsplätzen in Frankfurt bewirkt. Um die Einpendlerströme nicht immer weiter zu erhöhen, wäre es höchste Zeit, dass die Stadt Frankfurt mehr Wohnbauland zulasse.

Das Gebiet im Frankfurter Nordwesten eigne sich besonders, da eine hervorragende verkehrliche Erschließung möglich sei. So könne die Ludwig-Landmann-Straße nach Norden verlängert, die Ortsumfahrung Praunheim bis zum Nordwestzentrum gebaut werden und auch westlich der A 5 eine neue Umfahrung von Steinbach und Weißkirchen entstehen. Durch Verlängerung der U 6, eine Haltestelle der S 5 und der Regionaltangente West wäre dieses Gebiet ebenfalls für den Schienenverkehr optimal erschließbar. Wichtig wäre jedoch, so Caspar, dass die verkehrliche Infrastruktur zeitgleich mit dem neuen Gebiet entstünde und nicht die neuen Bewohner und die benachbarten Stadtteile jahrelang auf die verkehrliche Erschließung warten müssten.

Die Nachbarkommunen, insbesondere Steinbach, rief Caspar dazu auf, im Sinne der Entwicklung der Region zu kooperieren und dieses von Frankfurt angeschobene Projekt als Entwicklungschance, auch für die eigene Stadt und Gemeinde, zu begreifen. Zusammenwachsende Siedlungen würden nicht zu Eingemeindungen führen, wie auch die Nachbarschaft Frankfurts zu Bad Vilbel oder Offenbach zeige. Gerade wer jedoch Sorgen vor einer Eingemeindungsdiskussion habe, müsse doch alles tun, um zu beweisen, dass ein großes Gebiet auch zwischen mehreren Kommunen gemeinsam entwickelt werden könne und es hierfür keiner einheitlichen Kommune bedürfe, so Caspar abschließend.